



Niederschrift

über die am Montag, den 8. Januar 2024, in der Kulturbühne AMBACH, abgehaltene

25. öffentliche Sitzung der Gemeindevertretung

Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr

ÖVP-Fraktion:

Bgm. Manfred Böhmwalder
Vizebgm. Edith Lampert-Deuring
GR Christine Wilhelm
GV Manfred Handle
GV Ing. Martin Hämmerle
GV Veronika Böckle
GV Manfred Martin
GV Walter Scheier
GR Jonas Herburger
GV Mathias Rieder
EM DI (FH) Robert Loacker
EM Michael Marte
GV Kevin Manfred Oberhauser

Vertretung für GV Julia Rieder
Vertretung für GV DI Clemens Neuner

GLG-Fraktion:

GR Mag. (FH) Thomas Ender
GR Markus Rottmar
GV Mag. Walter Heinzle
GV Mag. Maria Elisabeth (Sissy) Mayer
GV Christof Steininger
EM Ines Krüger
EM Judith Ruhm

Vertretung für GV Anja Ellensohn
Vertretung für GV DI Christoph Weißenbach

BBG-Fraktion:

GR Christoph Längle, BA
GV Kornelia Ender
GV Manfred König
GV Latifa Jordan

SPÖ-Fraktion:

GV Egon Moser
GR Karin Weber
GV Michelle Posch

NEOS-Fraktion:

GV DI (FH) Bernd Frankenhauser
GV DI Jörg Maninger

FPÖ-Fraktion:

GV Andrea Buri

Schriftführer:

Dr. Konrad Ortner

Entschuldigt:

GV Anja Ellensohn
GV DI Clemens Neuner
GV Julia Rieder
GV DI Christoph Weißenbach

Öffentliche Tagesordnung:

1. Antrag auf Abberufung des Bürgermeisters gem. § 31 Gemeindegesetz
2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2023
3. Allfälliges

Der Bürgermeister leitet zur

ÖFFENTLICHEN SITZUNG

über.

Erledigung:

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung und stellt fest, dass die Ladung ordnungsgemäß erfolgte und konstatiert die Beschlussfähigkeit gemäß § 43 Gemeindegesetz.

Der Bürgermeister übergibt den Vorsitz an die Vize-Bürgermeisterin.

1. Antrag auf Abberufung des Bürgermeisters gem. § 31 Gemeindegesetz
Die Vize-Bürgermeisterin Edith Lampert-Deuring verliest den **Antrag**, der wie folgt lautet:

Die Gemeindevertretung möge beschließen, dass der derzeitige Bürgermeister Manfred Böhmwalder von seinem Amt als Bürgermeister abberufen wird.

GR Christoph Längle erläutert den Antrag im Namen der Antragsteller.
Der Antrag wurde durch 4 der 6 Fraktionen der Gemeindevertretung eingebracht, die jeweils eine selbstständige Stellungnahme verfasst haben.

GR Markus Rottmar für die GLG:

Sehr geehrte Götznerinnen und Götzner, einen Misstrauensantrag als politisches Geplänkel hinzustellen sagt viel aus über das Demokratieverständnis unseres Bürgermeisters, aber auch über das von SPÖ und VP Götzis.

Wir als Grüne Liste Götzis haben den Antrag auf Abberufung von Bgm. Böhmwalder vor allem deshalb mit eingebracht, weil dieser offensichtlich nicht in der Lage oder nicht willens ist, Konsequenzen aus der prekären finanziellen Lage unserer Gemeinde zu ziehen. Obwohl wir nicht nur alle Investitionen über Kredite finanzieren müssen und im heurigen Jahr schon für den laufenden Betrieb mehrere Millionen Euro fehlen, lässt die ÖVP unter seiner Führung nicht nur keinerlei Ansätze zur Budgetsanierung erkennen, sondern ganz im Gegenteil: In einem Hauruck-Verfahren lässt er unter Ausschluss der Öffentlichkeit mit knappster Mehrheit den Kies-Deal absegnen, den ihm seine Altacher Parteifreunde abverlangt haben. Entgegen den Feststellungen einer Studie, die von den Bürgermeistern von Altsch und Götzis zur Objektivierung der Aufteilung des Erlöses aus dem Kiesprojekt extra von der Wirtschaftskammer erbeten wurde, verschenkt Böhmwalder viele Millionen Euro aus dem Besitz aller Götznerinnen und Götzner ohne jede Gegenleistung an Altsch. Falls es nicht doch noch gelingen sollte, den Abschluss des zivilrechtlichen Vertrages zum Kiesprojekt mit Altsch zu verhindern, werden wir in den kommenden ca. 30 Jahren Einnahmen von mehreren Millionen Euro im Budget von Altsch finden, die Götzis zustehen wür-

den, während wir dringende Investitionen aufschieben oder drastisch sparen und Gebühren und Abgaben empfindlich erhöhen müssen. Da kann man nur hoffen, dass wenigstens die SPÖ-Fraktion noch rechtzeitig zur Besinnung kommt und nicht weiter bei dieser Packelei zwischen den schwarzen Parteifreunden in Altsch and Götzis mitmacht. Sie wird sonst ihren Wählern und den vielen Sozialdemokraten, die sich jahrzehntelang über schwarze Parteipolitik geärgert haben, jedes Jahr aufs Neue erklären müssen, warum sie so hohe Gebühren bezahlen müssen, während die Altschacher von den Geldgeschenken profitieren, welche die SPÖ-Gemeindevertreter mitbeschlossen haben. Zudem wird von Böhmwalder behauptet, dass dadurch ein jahrelanger Rechtsstreit vermieden und alle Streitigkeiten zwischen den Gemeinden beigelegt wurden. Das Gegenteil ist der Fall. Es wird durch den schlechten Grundsatzbeschluss, bei dem alle wesentlichen Fragen ungeklärt bleiben, erst recht zu Streitigkeiten über Jahrzehnte kommen. Wie eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aus Sicht von Altsch aussieht, können wir beim aktuellen Budget 24 unserer Nachbargemeinde sehen, da werden schnell mal 493.000 € für Vorarbeiten des Kiesabbauprojekts beschlossen, die aus den Erlösen abgedeckt werden sollen. Wir werden hier nicht mal gefragt.

Zur fehlenden Kompetenz bzw. zum fehlenden Willen zu einer tragfähigen Finanzpolitik in unserer Gemeinde kommt ein schwerwiegender Verstoß gegen das Gemeindegesetz. Über das von seinem Vorgänger unmittelbar vor seiner Amtsübernahme an das Landesverwaltungsgericht geschickte Schreiben zur Verzögerung der Entscheidung bezüglich der Inhaberschaft des Kiesprojekt-Bescheides hätte von ihm in der nächsten Gemeindevorstandssitzung berichtet und die Gründe für das Schreiben hätten angeführt werden müssen, weil der Bgm. damit gegen den Beschluss des Gemeindevorstandes gehandelt hat. Dies ist nicht geschehen. Es wurde versucht, den Sachverhalt zu verschweigen.

Bgm. Böhmwalder erklärte bei seinem Amtsantritt, sich seiner Aufgabe mit Offenheit zu stellen. Wir haben seiner Wahl zugestimmt, auch deswegen, weil er versprach, die Gemeindearbeit nach dem Übereinkommen von ÖVP und GLG weiterzuführen. In den wenigen Monaten seither müssen wir feststellen, dass er versucht, Dinge zu verschweigen und die Fraktionen gegeneinander auszuspielen.

Dass Böhmwalder nicht bereit oder unfähig ist, die Interessen der Gemeinde angemessen zu vertreten, zeigt sich beispielsweise auch in hohen Kosten für eine Grünfläche im Bereich Garnmarkt Ost, in einem stark überhöhten Pachtzins für das geplante Abfallsammelzentrum oder in fehlendem Einsatz im Zusammenhang mit der Erweiterung der Aushubdeponie im Föhren.

Uns ist es besonders wichtig, dass wir in Götzis solidarisch Maßnahmen gegen die immer offensichtlicher werdende Klimakrise ergreifen und Götzis gegen bereits eingetretene und leider zu erwartende Klimaveränderungen wappnen. Böhmwalder stemmt sich gegen diesbezüglich notwendige Maßnahmen im Verkehrsbereich und zeigt kaum Engagement für Maßnahmen, die das Leben unserer Gemeinde unter veränderten Klimabedingungen erträglicher machen, wie beispielsweise Begrünungen oder Baumpflanzungen.

Die Bevölkerung erwartet von ihrem Bürgermeister nicht nur, dass er auf ihre Anliegen hört und menschlich agiert, sondern auch, dass er notwendige - allenfalls auch unpopuläre - Maßnahmen nicht scheut und die berechtigten Interessen unserer Gemeinde mit Nachdruck und falls nötig auch unnachgiebig vertritt. Bgm. Böhmwalder ist offensichtlich nicht bereit oder nicht in der Lage, diese fordernden Leistungen im Interesse unserer Gemeinde zu erbringen. Es ist daher besser für Götzis und wahrscheinlich auch für Manfred Böhmwalder, wenn er das Bürgermeisteramt nicht weiter ausführt und eine andere für ihn passendere Aufgabe übernimmt.

GR Christoph Längle für die BBG:

Sehr geehrte Damen und Herren! Geschätzte Götznerinnen und Götzner!

Wir sind hier heute zusammengekommen, um über die Abberufung des Bürgermeisters Manfred Böhmwalder zu beraten und über die politischen Vorkommnisse in den letzten Wochen, Monaten und Jahren zu diskutieren. Grundsätzlich steht so eine Abberufung eines Bürgermeisters nur sehr selten auf einer Tagesordnung, doch heute ist es einmal soweit und dies ist auch deutlich gerechtfertigt. Eine Abberufung ist ein

gesetzlich verankertes und legitimes Mittel. Wir von der Bürgerbewegung tragen hier nun sachliche und fundierte Ereignisse vor, welche weder als persönliche Angriffe zu verstehen sind noch beleidigend wirken sollen. Uns geht es um Sachlichkeit, Recht und Ordnung, Bürgerrechte und vor allem auch um das Wohl unserer Heimatgemeinde Götzis.

Ein besonderer Missstand ist jener, dass von Seiten der ÖVP mit dem damaligen Bürgermeister Christian Loacker ein Schreiben an das Landesverwaltungsgericht erging, wo darum gebeten wurde, dass bzgl. der eingebrachten Beschwerde im Rahmen des Kiesabbaus noch abgewartet werden soll. Somit wurde versucht, dass die Entscheidung des Gerichts verzögert und beeinflusst wird. Die Beschwerde selbst wurde bereits im März 2023 einstimmig vom Gemeindevorstand beschlossen und sollte umgehend eingebracht sowie auch nicht verzögert werden. Dieses Schreiben bzgl. der Verzögerung an das Landesverwaltungsgericht wurde allerdings ohne Kenntnis von uns anderen im Alleingang und stillschweigend seitens der ÖVP am Freitag den 15.09.2023 verfasst und abgeschickt. Das waren genau 3 Tage vor Amtsantritt von Herrn Böhmwalder, welcher am Montag den 18.09.2023 Bürgermeister wurde. Wie kann das sein, dass ein scheidender Bürgermeister quasi am letzten Arbeitstag ein derartiges Schreiben mit weitreichender Wirkung veranlasst? Trotz mehrfacher Nachfragen im September, Oktober und November wurde dieses Schreiben verschwiegen und verschleiert. Erst durch vehementes und hartnäckiges Vorgehen wurde die Existenz dieses Schreibens Anfang Dezember bestätigt und seitens der ÖVP herausgegeben. Herr Böhmwalder wusste von diesem Schreiben und hat sogar die Vorgehensweise für gutgeheißen. Solche Methoden sind nicht tolerierbar und widersprechen den Grundsätzen von Demokratie, Recht und Ordnung. Schließlich wurde mit diesem Schreiben an das Landesverwaltungsgericht der ganze Gemeindevorstand konterkariert, welcher nämlich davon nichts wusste. Darüber hinaus hat der Gemeindevorstand Beschlüsse getätigt, die keine Verzögerungen dulden und ebenso sollten Gerichte nicht beeinflusst werden. Somit wurde der Gemeindevorstand und auch die Götzner Bevölkerung arglistig getäuscht, hintergangen und gegen gültige sowie anderslautende Beschlüsse gehandelt. Diesen Missstand und eine derartige Vorgehensweise haben sich die ÖVP mit Herrn Böhmwalder zuzuschreiben und stellt einen klaren Bruch von Anstand und Ordnung dar.

Ein weiterer erheblicher Missstand ist die Vorgehensweise seitens der ÖVP mit Manfred Böhmwalder bzgl. dem Kiesabbau im Bereich des Götzner Hofes. Es wird alles hinter verschlossenen Türen verhandelt und seitens der ÖVP auch alles verschleiert. Dies sind Umstände, die nicht tragbar sind. Die Abbaugrundstücke selbst gehören Götzis und sind im alleinigen Besitz unserer Marktgemeinde. Somit haben gewählte Gemeindefunktionäre und die Götzner Bevölkerung das Recht darüber Bescheid zu wissen. Herr Böhmwalder sieht das aber nicht so und packelt lieber hinter verschlossenen Türen. Jetzt ist es auch so, dass die ÖVP in Götzis und Altsch mit den Stimmen der Götzner SPÖ eine Vereinbarung getroffen haben. Diese sieht vor, dass 30% der Erlöse jeweils an Götzis und Altsch gehen und 40% in einen Zukunftsfonds fließen sollen. Dieser Zukunftsfonds soll für Götzis etwas besser gestaffelt sein, da dies bevölkerungsmäßig aufgeteilt wird. Rechnet man noch die Natur- und Landschaftsabgabe sowie die Erträge aus der Kommunalsteuer, welche gänzlich an Altsch fließen, dazu, dann ist hier ein „Kiesdeal“ vereinbart worden, der auf 50% zu 50% hinausläuft. Wie kann das sein, dass die Hälfte des Götzner Eigentums derartig verschenkt wird? Für Götzis jedenfalls ist dies eine sehr schlechte Vereinbarung. Geldmäßig bedeutet dies, dass mindestens 10 Mio. Euro verloren gehen und nach Altsch fließen. Im Rahmen dieses „Kiesdeals“ ist auch äußerst erstaunlich, dass sich Götzis dazu verpflichtet, dass sogar in Altsch Straßen saniert werden. Die Chance auf ein faires Verfahren bzgl. anderer möglicher Abbaufirmen hat es nicht gegeben. Eine Variante, wo der Bestbieter gesucht werden sollte, kam auch nicht zustande. Die ÖVP hat stetig nur die Variante mit Altsch forciert, ÖVP-Freunde bedient und sachliche Argumente abgelehnt. Leider hat hier die ÖVP mit Herrn Böhmwalder Götzner Gemeindevermögen verscherbelt bzw. einfach zu günstig hergegeben.

Eine nachteilige und missbräuchliche Vorgehensweise stellt auch das Vorgehen seitens der ÖVP mit Herrn Böhmwalder im Rahmen des Umbaus bzw. der Sanierung der Volksschule Markt dar. Dort wurden erhebliche Gelder verschwendet. Der durchge-

fürte Architekturwettbewerb im Zusammenhang mit dem Neubau der Volksschule Markt wurde widerrufen und musste komplett neu gestartet werden. Dies bedeutet auch, dass alles doppelt bezahlt werden muss, eine erhebliche Zeitverzögerung eintritt, Gerichtskosten zu tragen und die Baukosten deutlich gestiegen sind. Diese mehrfachen Kosten sind eine deutliche Belastung für das Gemeindebudget. Dem Argument, dass Herr Böhmwalder zu dieser Zeit noch nicht Bürgermeister war, können wir nichts abgewinnen, da Herr Böhmwalder damals bereits ÖVP-Fraktionsobmann sowie Gemeindevertreter war und somit auch diese geldverschwenderische Vorgehensweise unterstützt hat.

Im Rahmen der Geldwirtschaft sieht es ohnedies nicht gut aus. Das Budget unserer Gemeinde und die damit einhergehende Vorgehensweise der ÖVP stellt einen weiteren bedenklichen Missstand dar. Für das heurige Jahr beispielsweise sind laut Voranschlag rund 10 Mio. Euro an neuen Krediten vorgesehen. Diese Kredite werden benötigt, um überhaupt den laufenden Betrieb stemmen zu können. Der Schuldenstand steigt inkl. GIG auf enorme 43,7 Mio. Euro an. Seitens der ÖVP wird immer wieder darauf verwiesen, dass das Land und der Bund schuld sind, da diese zu wenig Geld hergeben. Sieht man sich die Verantwortlichen im Land und Bund an, dann muss festgestellt werden, dass dort überall bis zum Finanzminister hinauf ÖVP-Mandatare sitzen. Darüber hinaus kommt noch dazu, dass der Vorarlberger Gemeindeverband mit seiner Führung komplett mit ÖVP-Mandataren besetzt ist. Bis vor kurzem war dort auch noch Christian Loacker als Vizepräsident tätig. In Götzis konkret hat die ÖVP neben den oben genannten Parametern wie dem Kiesabbau und der Volksschule Markt noch zusätzlich viele Gelder äußerst bedenklich verwendet. So sind unter anderem die Mehrfachasphaltierungen im Bereich Garnmarkt, teure Fahrzeugankäufe, sehr teure Spielplätze, komische rote Punkte beim Bahnhof und Grundstücksankäufe zu nennen. Das von der ÖVP befürwortete Wohnbauprojekt in der Littastraße hätte neuerliche Kosten von über 1 Mio. Euro verursacht. Wir von der Bürger-Bewegung haben uns vehement dagegen ausgesprochen und durch Mithilfe der anderen Oppositionsparteien konnte letztendlich dieses Projekt gestoppt und für die Gemeinde hohe Kosten eingespart werden. Insgesamt gesehen ist die ÖVP mit ihren Ansichten nicht zu unterstützen. Bzgl. den Sozialdiensten Götzis (Häuser der Generationen – HDG) ist es so, dass dort das Minus jährlich erheblich steigt. Mittlerweile hat es rund 1,55 Mio. Euro erreicht und ist eine ordentliche finanzielle Belastung. Fragt man dort sachlich nach und betont auch, dass eine gewisse Wirtschaftlichkeit berücksichtigt werden sollte, so wird man kritisiert und die ÖVP ignoriert diese Bedenken. Eine beantragte wirtschaftliche Prüfung wird über ein Jahr verzögert und wie die Prüfung ablaufen soll wird ebenso verschleiert. Dies sind Methoden und Vorgehensweisen, die einfach nicht tragbar sind und stellen einen weiteren erheblichen Missstand seitens der ÖVP mit Herrn Böhmwalder dar.

Ein weiterer Parameter ist auch, dass Herr Böhmwalder in seinen rund vier Monaten Amtszeit oftmals erwähnt hat, dass er sich da und dort nicht auskenne, da die Übergabe des Bürgermeisteramtes lediglich zwei Stunden gedauert habe. Wie kann es sein, dass eine große Gemeinde wie Götzis gerade einmal in zwei Stunden amtsmäßig übergeben werden kann? Wie Herr Böhmwalder selbst bestätigt, geht das nur mit erheblichen Defiziten. Das ist ein System und eine Vorgehensweise der ÖVP die zum Schaden der Götznerinnen und Götzner beiträgt und definitiv nicht professionell ist.

All diese erwähnten Punkte rechtfertigen die Abberufung des Bürgermeisters. Wie lange verträgt unsere Gemeinde noch das System ÖVP? Wir sagen dazu, dass es endlich Zeit ist, dass hier ein Umdenken stattfindet und unsere Gemeinde bestmöglich aufgestellt wird. Die ÖVP mit Herrn Böhmwalder hat es versucht, ist aber deutlich gescheitert. Daher ist es höchste Zeit, dass die Abberufung durchgeführt wird und hier endlich eine sachlich fundierte, transparente, kommunikative sowie stringente Politik Einzug hält. Wir bitten daher alle dem Abberufungsantrag zuzustimmen.

GV Bernd Frankenhauser für die NEOS:

Liebe Götznerinnen und Götzner, werte Gemeindevertretung,
heute ist ein geschichtsträchtiger Tag für die politische Entwicklung in Götzis. Bis

dato wurde einem Götzner Bürgermeister nach nur drei Monaten Amtszeit noch nie das Misstrauen ausgesprochen.

Es ist wahrlich kein Ruhmesblatt, das hier geschrieben wird, aber mit nachfolgender Begründung soll dieses Misstrauen gegen den amtierenden Bürgermeister Böhmwalder nachvollziehbar und die Notwendigkeit für diese Handlung bekräftigt werden:

- 47%, also knapp die Hälfte der gewählten Gemeindevertreter*innen, hat dem Bürgermeister das Misstrauen ausgesprochen. Das sind sämtliche Stimmen der Fraktionen NEOS Götzis, GLG, BBG und FPÖ. Das ist, um des Bürgermeisters Worte zu benutzen, kein „politisches Geplänkel“, sondern sollte ihm die wahre Realität vor Augen führen.
- Der Bürgermeister kann sich nicht auf die kurze Einarbeitungszeit berufen, sich unwissend oder befangen geben, da er seit 2020 Klubobmann der ÖVP, Mitglied im Gemeinderat, Mitglied in der Gemeindevertretung, Obmann des Wirtschaftsausschusses und Obmann der Wirtschaftsgemeinschaft in Götzis wie auch „Am Kumma“ war. Er hatte und hat alle Möglichkeiten in alle wichtigen, wie auch strategischen Themen und Prozessen mitzuarbeiten oder sich einzubringen.
- Die großartigen Versprechen, dass ab seinem Amtsantritt die politische Arbeit auf „Augenhöhe“, sowie faire, transparente und konstruktive Zusammenarbeit über Fraktionsgrenzen hinaus geschehen soll, waren und sind nur Luftblasen.
- Dies hat der Bürgermeister in seinem nicht nachvollziehbaren Handeln im Kiesprojekt mehr als stark aufgezeigt. Beispielsweise mit der Vorgehensweise, zuerst in eigener Sache mit der Presse zu sprechen und erst anschließend die verantwortlichen Personen der anderen Fraktionen zu informieren. Professionelles Arbeiten, wie eine Angebotsausschreibung zu starten, die Bewertung der Angebote durchzuführen und fundierte Entscheidungen auf Basis von Zahlen, Daten und Fakten zu treffen, ist in keiner Weise erkennbar. Einerseits einen Kies-Zukunftsfonds als große, regionale Lösung zu präsentieren, ohne dass Details und Fakten klar definiert sind, unterstreicht dies im Weiteren. Andererseits wird über potenzielle Risiken, z.B. Investitionen in Millionenhöhe, nicht gesprochen. Geschweige, dass Gewinne aus dem Kiesprojekt erst in Jahren in die Gemeindegasse fließen werden.
- In Sachen Budget- und Finanzpolitik wird plan- und konzeptlos agiert. Neuverschuldungen in jährlicher Millionenhöhe werden einfach hingenommen. Verantwortungsvolle Finanzpolitik, auch und speziell für die kommenden Generationen, muss anders aussehen. Projekte werden nicht priorisiert und Optimierungen in der Gemeindeverwaltung sucht man vergebens.
- Ein Bürgermeister oder eine Bürgermeisterin muss aktive und transparente Kommunikation mit sämtlichen Gremien beherrschen und praktizieren. Ansonsten ist eine demokratische und transparente Entscheidungsfindung und eine für Götzis wohlwollende Politik nicht machbar. Hinter verschlossenen Türen zu agieren, Dinge geheim zu vereinbaren, nichtnachvollziehbare Entscheidungen zu treffen, Informationen bewusst zurückzuhalten und vermutlich die Interessen der eigenen Fraktion über alles zu stellen, spiegelt das Politikbild der ÖVP wider.

Die Marktgemeinde Götzis gehört nicht der Götzner Volkspartei, sondern den Bewohner*Innen von Götzis. Es muss im Interesse der Marktgemeinde gehandelt und entschieden werden, und nicht im Sinne der ÖVP.

Dieser fundamentale Denkfehler der ÖVP führt immer wieder zu den vorhin erwähnten Verhaltensmustern und macht es aus unserer Sicht notwendig hier korrigierend, im Sinne aller Götzner*Innen, zu handeln.

Wir, seitens NEOS Götzis, sprechen deshalb das Misstrauen gegen Bürgermeister Manfred Böhmwalder aus.

GV Andrea Buri für die FPÖ:

Wir sind heute zusammgekommen, um über die Abberufung des Bürgermeisters zu beraten. Die Gründe hiezu sind vielseitig.

Ich kann mich noch sehr gut an das persönliche Gespräch mit dir, Manfred, kurz vor deinem Amtsantritt als Götzner Bürgermeister erinnern. Wir haben über die Zukunft und Zusammenarbeit mit dir als neuem Bürgermeister geredet. Damals habe ich dich um mehr Transparenz u. Fairness gegenüber den Oppositionsparteien gebeten, die in den letzten Jahren leider komplett verloren gegangen ist. Besonders im Hinblick auf den Kiesabbau, der uns nun schon so lange beschäftigt, fehlte mir die Offenheit in der politischen Zusammenarbeit. Ich habe dir geglaubt, als du damals versichert hast, dass dies in Zukunft mit dir als Bürgermeister anders werden wird.

Wie sich nun herausgestellt hat, ist das Gegenteil eingetroffen. Kaum im Amt, hast du hinter dem Rücken der Parteien, einen für uns von der FPÖ Götzis nicht nachvollziehbaren Deal mit Altach abgeschlossen. Weder hast du mit uns, noch mit deinem Koalitionspartner der GLG gesprochen. Im Gegenteil, du hast die SPÖ als Steigbügelhalter benutzt u. wolltest uns glaubhaft machen, dass dieser mehr als faule Pakt, gut für Götzis wäre. Fakt ist, dass dieser Deal alles andere als gut für Götzis ist. Wir sind den Götzner Bürgern verpflichtet, das Beste für die Gemeinde und unsere Bürger zu tun. Darauf haben wir alle einen Eid geschworen.

Das Einzige, was du als neuer Bürgermeister wolltest, ist den Deal als angeblichen Erfolg auf deine Fersen zu heften u. den Götznerinnen und Götznern weiß zu machen, dass es so am besten für Götzis ist. Was du aber vergessen hast zu erwähnen, ist, dass wir Götzner laut aktueller Studien Millionen verschenken. Hier geht es um Millionen, die Götzis dringend brauchen würde. Dies wird sich aber erst in den nächsten Jahren herausstellen, wenn uns das Geld für wichtige Investitionen fehlt.

Seit Jahren warten wir auf eine neue Volksschule in Götzis. Wir warten auf den Umbau des Bahnhofes u. auf einen neuen Wertstoffhof, alles was uns in Zukunft beschäftigen wird. Leider wird uns das Geld dazu fehlen. Wenn wir den Budgetbeschluss, den ihr zusammen mit der SPÖ - wieder als Steigbügelhalter - anschauen, so sehen wir eine düstere Zukunft für Götzis. Es sind keine Rücklagen mehr vorhanden, um neue Projekte durchzubringen. Die Schulden sind enorm, unser Budgetloch beträgt ca. 10 Mio Euro. Dies ist unverantwortlich und nicht mehr zu stoppen. Wie hier die ÖVP, zusammen mit der SPÖ, zu diesem Budget in den nächsten Jahren, der Bevölkerung noch mit ruhigem Gewissen in die Augen schauen kann, wird sich bei den nächsten Wahlen herausstellen.

Was aber noch die Krönung ist, dass du als Bürgermeister unser Demokratiebewusstsein in Frage stellst. Demokratie wäre mit der Götzner Bevölkerung und uns gewählten Parteien zu sprechen, neue Ideen und Visionen für Götzis zu entwickeln, anstatt im stillen ÖVP-Kämmerlein Entscheidungen zu treffen, die sich fatal für uns Götzner auswirken werden. In Anbetracht dieser Schritte, die du in den letzten Monaten gesetzt hast, zeigst du uns wie du denkst u. wie du auch in Zukunft deine Politik weiterführen möchtest u. wirst.

Die Kritik am Kiesdeal dann lapidar als politisches Geplänkel abzutun, immer hin geht es hier für Götzis um 10 Millionen haben oder nicht haben, spricht für sich. Das ist weder eine Diskussionsgrundlage und auch keine Arbeitsgrundlage.

Leider sehen wir vor diesem Hintergrund keine Basis für eine weitere Zusammenarbeit im Sinne der Götzner Bevölkerung in der Gemeindevertretung und tragen den Misstrauensantrag mit.

GV Kornelia Ender:

Als Obfrau des Prüfungsausschusses und als gewählte Gemeindevertreterin der Bürgerbewegung Götzis sehe auch ich mich in der Pflicht, zur heutigen Sitzung meine Besorgnis für Götzis kundzutun und eine kurze Stellungnahme abzugeben.

§52 - Der Prüfungsausschuss wurde zur Überwachung der gesamten Gebarung der Gemeinde einschließlich der Anstalten, Betriebe und wirtschaftlichen Unternehmungen

gen der Gemeinde sowie der wirtschaftlichen Unternehmungen mit eigener Rechtspersönlichkeiten, an denen die Gemeinde mit beherrschendem Einfluss beteiligt ist, gewählt!

Als Obfrau des Prüfungsausschusses geht es mir heute u.a. um das Thema „Kies“.

In der Sitzung am 27. November 2023 habe ich diesbezüglich Fragen gestellt:

- Wie werden in Zukunft Prüfungen vorgenommen?
- Finden gemeinsame Prüfungen mit Altsch statt?
- Zukunftsfonds: Gemeinsame Projekte? Was für Projekte?

Bis heute wurden diese Fragen nicht beantwortet, da, so nehme ich nun an, all dies bis zum heutigen Zeitpunkt nicht mit der Gemeinde Altsch geklärt ist!

Oder fehlt auch hier die „Offenheit und Transparenz“ gegenüber der Gemeindevertretung? Wird selbständig gehandelt, ohne Einbindung des Gemeindevorstandes und der Gemeindevertretung?

Diese Missstände hätten nicht soweit kommen dürfen!!

Es ist jetzt schon abzusehen, dass es im „Gemeinsamen Zukunftsfonds“ sicher irgendwann zu Problemen kommen wird, wenn es dann um das liebe Geld und die Aufteilungen geht.

Sollte es zu Unstimmigkeiten zwischen Götzis und Altsch kommen, so ist dies dann den namentlichen Gemeindevertretern, die für das Projekt „Kies“ mitgestimmt haben, zu verdanken und darf nicht etwa rückwirkend irgendwann einmal auf den Prüfungsausschuss fallen! Dies ist mir wichtig, heute zu betonen und auch mitzuteilen.

Ein weiteres wichtiges Thema ist auch das „Budget – Voranschlag 2024“:

Für Götzis und seine Budgetplanungen geht es konkret um rund 48 Millionen Euro. Ein Minus von 1,6 Millionen Euro verzeichnet das Haus der Generationen. Lt. Voranschlag müssen rund 10 Millionen Euro an neuen Krediten aufgenommen werden, um den laufenden Betrieb stemmen zu können.

Der Rechnungsabschluss 2023 der Marktgemeinde Götzis wird bis Ende April 2024 geprüft sein. Das Jahr 2024 wird ein sehr schwieriges Jahr und ich appelliere heute schon, mit dem Geld sorgsam – im Sinne der Götznerinnen und Götzner – umzugehen. Mir ist es wichtig, heute zum Ausdruck zu bringen, dass der Prüfungsausschuss in den letzten Jahren immer wieder Empfehlungen abgegeben hat. Schon beim Rechnungsabschluss 2021 und 2022 u.a. beim HDG – Häuser der Generationen – wo nun im Frühjahr 2023 ein externer Wirtschaftsprüfer beauftragt wurde. Bis zum heutigen Zeitpunkt gibt es keine Fakten, wie es weiter geht und wie es derzeit aussieht. Dies sind Themen, die nicht unter den Tisch, sondern auf den Tisch aller gehören!

Abschließend muss ich schon erwähnen, dass die Transparenz in viele Bereiche hinein, fehlt. Eine Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit sieht anders aus, als sie derzeit gegeben ist.

Auch das Gelöbnis des Bürgermeisters bei der Wahl: „Ich gelobe, die Verfassung sowie alle übrigen Gesetze gewissenhaft zu beachten und in dem der Gemeinde durch Gesetz übertragenen Wirkungsbereich die Weisungen der staatlichen Behörden nach bestem Wissen und Gewissen zu befolgen“, darf wieder einmal aufgezeigt und erwähnt werden.

Die Vize-Bürgermeisterin leitet über zur Debatte über den Antrag.

GV Egon Moser erklärt für die SPÖ:

Wir sind zusammen gekommen um über den Antrag den BM, den wir am 18. September 2023 also vor ca. 2 Monaten gewählt haben, abzurufen.

Da stellt sich die Frage, was hat er oder wir falsch gemacht?

Die Antwort aus Sicht der vier antragstellenden Parteien liegt wohl in der Causa Kies.

Auch das Budget für 2024 dem die 4 Parteien keine Zustimmung gaben, wird zur Antwort beitragen.

Dass sich in vielerlei Dingen Unzufriedenheit über Entscheidungen der ÖVP, die seit

ewigen Zeiten in Götzis bestimmend ist, in der Bevölkerung breitgemacht hat, ist kein Geheimnis.

Dies wird auch der Grund sein für den Verlust der absoluten Mehrheit.

Zum Thema Kies verweise ich auf die Aussendungen von ÖVP und SPÖ.

Darin wird die Sachlage ausgebreitet und gut argumentiert.

Natürlich stehen viele Fragen offen, aber es bietet ein Fundament für eine Zusammenarbeit mit allen Parteien.

Vieles könnte im Sinne für unsere Gemeinde herausgeholt werden, auch andere Firmen außer Kopf könnten integriert werden.

Zum Thema Budget 24. Es liegt auf der Hand, die Gemeinde Götzis darf so nicht weiter wirtschaften.

Einschneidende Maßnahmen müssen in kommende Budgets einfließen. Sie werden politisch für die handelnden Parteien unattraktiv sein. Stimmen werden damit nicht lukriert.

Und gerade darum müssen wir alle Parteien zusammenstehen, um dies möglich zu machen.

Es wird nicht reichen, so wie dieses Mal dem Budget einfach nicht die Zustimmung zu geben, ohne konkrete Vorschläge zur Besserung der Lage einzubringen.

Auch kann es nicht sein, dass gegen Ende des Jahres die Parteien noch schnell die Budgeterstellung diskutieren.

Diese Diskussionen müssen viel früher in Angriff genommen werden.

Um dies zu ermöglichen, sollten die zuständigen Gremien sich Gedanken machen.

Viele anstehende Projekte warten auf ihre Umsetzung. Wir denken da an die zügello-
se Verbauung unserer Gemeinde, ohne dass leistbares Wohnen ermöglicht wird.

Zunehmend verschlechtert sich die soziale Lage in allen möglichen Varianten wie Kindergärten, Schulen und die dazugehörigen Institutionen.

Unzureichendes Umweltschutzverständnis zerstört laufend Lebensqualität. Die notgedrungene Abholzung an der Montfortstraße und an anderen Orten bekräftigt dies.

Ein Konzept zur Verkehrsentlastung ist am Entstehen, aber ohne nachhaltige Parkraumbewirtschaftung nur eine halbe Sache.

Wir von der SPÖ Götzis sind überzeugt, dass mit parteiübergreifendem Willen eine erfolgreiche Arbeit abgeliefert werden kann.

Vielleicht müssen alle ein wenig zurückstecken und die Vernunft walten lassen.

Noch eine letzte Frage:

Was bringt die Bürgermeister-Absetzung?

Für das bereits laufende neue Jahr, wünschen wir eine gute konstruktive Zusammenarbeit mit allen, Gesundheit und Glück

GV Martin Hämmerle empfindet den erhobenen Vorwurf, dass er sich nicht an das Gelöb-
nis halte als ehrenrührig und ignorant. Er gehe davon aus, dass alle, die in der Gemeindevertretung saßen, das Beste für Götzis wollen.

Es gehe um die Abberufung des Bürgermeisters. Er wolle sich alle Argumente anhören und dann entscheiden. Derzeit habe er aber das Gefühl, dass nicht für jedes Problem eine Lösung, sondern für jede Lösung ein Problem gesucht werde.

Er fragt die Antragsteller, ob sie sich überlegt hätten, wie es nach einer Abwahl weiter gehen soll. Er fragt nach der erwähnten „professionellen Planung“ hinsichtlich der Abwahl. Er fragt auch, wann die von der Opposition in Aussicht gestellten 10 Millionen zur Verfügung stehen werden. Er ersucht um Nennung eines Termins, nachdem

es ja scheinbar eine Lösung gibt.

GV Bernd Frankenhauser erklärt, dass es eine Vize-Bürgermeisterin gebe, die das Amt übernehmen könne. Die Frage zur Professionalität in Sachen Kies müsse man sich nicht stellen, da das schon durch ÖVP und SPÖ entschieden worden sei.

Die 10 Millionen Schulden aus dem Budget würde man machen müssen, dies nun der Opposition zuzuschieben sei falsch. Es seien alle Vorschläge negiert und nicht beachtet worden.

GV Martin Hämmerle vermisst die Ernsthaftigkeit der Antragsteller. Er fragt, ob mit der Vize-Bürgermeisterin überhaupt gesprochen worden sei.

Außerdem werde der Eindruck erweckt, als ob 10 Millionen Euro jetzt verfügbar wären. Man mache schnell etwas kaputt, etwas Nachhaltiges zu machen, sei weitaus schwieriger.

GV Andrea Buri zeigt sich verwundert, dass seitens der ÖVP der Opposition vorgeworfen werde, nicht zu kommunizieren, das sei umgekehrt der Fall. Die 10 Millionen Euro wären einfacher zu erklären, als durch ÖVP zu erklären, wie man die 10 Millionen verschenkt hat.

GV Jörg Maninger erklärt, dass es klar sei, dass die Vize-Bürgermeisterin übernehmen müsse, das sei mit ihrer Funktion verbunden.

GR Karin Weber weist den Vorwurf zurück, Steigbügelhalter der ÖVP zu sein. Alle Entscheidungen seien wohl überlegt gewesen. Die SPÖ habe im Sinne der Handlungsfähigkeit der Gemeinde beim Budget mitgestimmt, auch um teure Kontokorrent-Kredite zu verhindern.

Sie frage sich wie man vor zwei Wochen einen Gemeindevorstand mit fast ausschließlich einstimmigen Beschlüssen abhalten könne und nun eine solche Sitzung abhalte.

Die SPÖ habe als einzige Fraktion Anträge zu Einsparungen eingebracht, die BBG nur einen, der zu einer Erhöhung geführt habe. Aber auch hier habe man im Sinne der Zusammenarbeit mitgestimmt.

In der Kommunikation seien sicher Fehler passiert, nun sollte man einen Neustart wagen.

GR Markus Rottmar erklärt, dass es ein Gutachten im Auftrag der Wirtschaftskammer gebe über den Verteilerschlüssel, um Objektivität in die Frage zu bringen. Hier könne man die 10 Millionen leicht errechnen. Das sei einfach so.

EM Robert Loacker entgegnet, dass man das Geld natürlich gerne hätte. Aber woher das Geld komme, sei offen. Das sei lediglich eine Kalkulation. Keiner kenne die künftigen Zahlen. Man könne sich schon eine Wunschvorstellung machen, aber in der Kommunikation gibt es zwei Seiten, die sich einigen müssen. Entweder komme nichts, ein Schaden, eine Zahl X oder eine Kalkulationszahl Y heraus. Es sei nicht möglich hier konkrete Zahlen zu nennen.

GV Martin Hämmerle ergänzt, dass er die Zahlen nicht in Frage stelle und den Hut vor denen ziehe, die sich intensiv damit beschäftigt haben. Er habe die banale Frage als Bürger: Ist Kontinuität gewährleistet? Über Kies müsse man heute nicht reden. Heute sage man zu einem Mann, dass er absichtlich bzw. grob fahrlässig etwas tue, das Götzis schädige.

GR Markus Rottmar: Klar sei, dass der von der Wirtschaftskammer errechnete Schlüssel besser für Götzis sei, bei allem Risiko. Man habe in der Kiesgruppe und der ÖVP-GLG-Koalition viele Vorschläge gemacht. Es gab nie eine Zustimmung in der ÖVP oder bei anderen zu 60:40, nun bekomme man 50:50.

GR Thomas Ender erklärt, dass es nicht ums Kies gehe oder um Manfred als Person,

sondern um sein Agieren.

Er sei zutiefst enttäuscht, was in der bisherigen Amtszeit gemacht wurde. Vorher habe die Zusammenarbeit gut funktioniert, jetzt habe nichts mehr funktioniert. Die Grünen seien nie gegen etwas beim Kies gewesen, sondern hätten immer eine gute Lösung für einen schonenden Kiesabbau für Götzis gesucht. Nun habe man den schlechtesten Deal aller Zeiten, hier hätten sie nicht mitmachen können. Der Bürgermeister habe einseitig die Zusammenarbeit aufgekündigt und weiterverhandelt.

GR Christoph Längle kritisiert die von der SPÖ erwähnten Einsparungen, die sich bei einem Defizit von 10 Millionen auf 20.000 Euro belaufen, wobei es einen der Punkte schon lange gebe und kaum Einsparungen zu erwarten seien. Der zusätzliche Punkt der BBG belaufe sich auf 7.500 Euro. Außerdem ihm vorzuwerfen, dass er sich um sein Ressort kümmere, sei kurios.

In Richtung ÖVP gewandt geht er von einer funktionsfähigen Gemeindevertretung aus, wenn der Bürgermeister abgewählt würde. Man müsse dann den politischen Stil ändern und Gremien öfter einberufen, um Probleme zu lösen.

Eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe sei wünschenswert, wenn aber arglistig etwas verschwiegen werde, wie bei der Beschwerde beim Landesverwaltungsgericht, obwohl man einstimmig – unter Hinzuziehung von NEOS und FPÖ – etwas anderes beschlossen worden war, sei dies nicht akzeptabel. Es würden Beschlüsse konterkariert und der Gemeindevorstand hintergangen.
Das sei keine Zusammenarbeit auf Augenhöhe.

Zum Kies erklärt er, dass er schon vor Jahren eine Ausschreibung gefordert habe. Dann wären Möglichkeiten da gewesen. Das sei von Seiten der ÖVP immer abgelehnt worden. Das sei nicht redlich und professionell.

Das von der ÖVP erwähnte Kiesgeld von ca. 500.000 Euro im Jahr, werde das 10 Millionen Loch nicht füllen. Man werde angelogen und mache komische Vereinbarungen.

GV Martin Hämmerle fasst für sich zusammen, dass sich von den Antragstellern keiner wirklich überlegt habe, wie es weitergehen soll, für ihn sei jetzt klar, dass er gegen die Abberufung stimme. Außerdem stelle er den Antrag auf Ende der Debatte.

GV Andrea Buri erwidert, dass das genau die Demokratiepoltik der ÖVP sei. Man stelle die anderen als dumm hin. Das sei kein politisches Geplänkel.

EM Robert Loacker versteht den Wunsch nach klarem Ja oder klarem Nein. Die Welt sei aber komplexer als das. Zum Thema Komplexität: Wie würde GR Längle den Götznern garantieren, dass es nochmals eine Genehmigung für einen Kiesabbau gibt.

GR Thomas Ender verwehrt sich gegen die Zusammenfassung von GV Martin Hämmerle. Er stellt außerdem den Antrag auf geheime Abstimmung.

GR Jonas Herburger stellt einen Antrag auf namentliche Abstimmung.

Auf Nachfrage erklärt der Gemeindevorstand, dass die namentliche Abstimmung vorgeht.

GR Christoph Längle kritisiert, nicht mehr an die Reihe zu kommen, obwohl GR Jonas Herburger noch das Wort bekommen hat.

Der Gemeindevorstand stellt klar, dass Wortmeldungen zur Geschäftsordnung immer möglich sind.

GR Christoph Längle kritisiert, dass die ÖVP die Debatte beenden will, wenn es unangenehm wird. Außerdem wirft er GV Martin Hämmerle eine „Show“ vor.

Die Vize-Bürgermeisterin bringt den **Antrag** auf Ende der Debatte zur Abstimmung:
Der Antrag wird mit 19 Stimmen **mehrheitlich** angenommen (ÖVP, SPÖ, FPÖ, 2 GLG).

Dem **Antrag** auf namentliche Abstimmung stimmt die Gemeindevertretung **einstimmig** zu.

Sodann wird der **Antrag** auf Abberufung abgestimmt:

ÖVP-Fraktion:

Bgm. Manfred Böhmwalder	nein
Vizebgm. Edith Lampert-Deuring	nein
GR Christine Wilhelm	nein
GV Manfred Handle	nein
GV Ing. Martin Hämmerle	nein
GV Veronika Böckle	nein
GV Manfred Martin	nein
GV Walter Scheier	nein
GR Jonas Herburger	nein
GV Mathias Rieder	nein
EM DI (FH) Robert Loacker (Vertretung für GV Julia Rieder)	nein
EM Michael Marte (Vertretung für GV DI Clemens Neuner)	nein
GV Kevin Manfred Oberhauser	nein

GLG-Fraktion:

GR Mag. (FH) Thomas Ender	ja
GR Markus Rottmar	ja
GV Mag. Walter Heinzle	ja
GV Mag. Maria Elisabeth (Sissy) Mayer	ja
GV Christof Steininger	ja
EM Ines Krüger (Vertretung für GV Anja Ellensohn)	ja
EM Judith Ruhm (Vertretung für GV DI Christoph Weißenbach)	ja

BBG-Fraktion:

GR Christoph Längle, BA	ja
GV Kornelia Ender	ja
GV Manfred König	ja
GV Latifa Jordan	ja

SPÖ-Fraktion:

GV Egon Moser	nein
GR Karin Weber	nein
GV Michelle Posch	nein

NEOS-Fraktion:

GV DI (FH) Bernd Frankenhauser	ja
GV DI Jörg Maninger	ja

FPÖ-Fraktion:

GV Andrea Buri	ja
----------------	----

Der **Antrag bleibt mit 14 Stimmen in der Minderheit**. Für einen Beschluss hätte es einer Zweidrittelmehrheit bedurft.

Der Bürgermeister übernimmt wieder den Vorsitz und erklärt wie folgt:

Es sei für ihn auch keine leichte Situation. Er handle nach bestem Wissen und Gewissen. Außerdem werde er sich bemühen, das Beste für Götzis zu tun.

2. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 27.11.2023

GR Markus Rottmar weist auf einen aus seiner Sicht Widerspruch zwischen dem Protokoll Gemeindevertretung und Gemeindevorstand hin.

Im Protokoll der Gemeindevertretung stehe, dass der Bürgermeister verhandle. Im Protokoll des Gemeindevorstands stehe, dass das Bauamt die Gemeinde vertrete.

Der Gemeindesekretär stellt klar, dass es beim Punkt in der Gemeindevertretung um die Vertragsverhandlungen gegangen sei und beim Gemeindevorstand um die Vertretung bei der behördlichen Genehmigungsverhandlung.

GR Markus Rottmar fragt mit welchem Pouvoir verhandelt wurde.

Der Bürgermeister entgegnet, dass er die Gespräche mit dem Deponiebetreiber geführt hat. Das Ergebnis wurde im Gemeindevorstand präsentiert. Im Vorstand sei dann ein Ziel genannt worden, das auch erreicht wurde.

GR Markus Rottmar erwidert, dass die Chronologie nicht stimme, da der Vorstand Nachverhandlungen verlangt habe.

Der Bürgermeister stellt klar, dass dies erreicht worden sei.

GR Christoph Längle erklärt, dass er eine Beantwortung auf die Frage nach dem Schreiben an das Landesverwaltungsgericht nicht in Erinnerung habe. Er wolle dies beeinspruchen.

Der Bürgermeister betont, dass er dies erwähnt habe und dann auch dem Gemeindevorstand berichtet habe.

Das Protokoll wird mit den Stimmen der ÖVP, FPÖ, SPÖ und einer Stimme der GLG **mehrheitlich** genehmigt.

3. Allfälliges

GR Christoph Längle erkundigt sich, ob die Kies-Sitzung am 23.01.2024 stattfinde, er fragt, ob der Termin hält.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Beschwerde zurückgezogen wurde und mit zwei Rechtsanwaltskanzleien über Modalitäten gesprochen wurde.

Er warte noch auf Rückmeldungen und werde sich bemühen den Termin zu halten.

Ende der Sitzung: 20:28 Uhr


Dr. Konrad Ortner
Schriftführer


Vizebgm. Edith Lampert-Deuring (Top 1)


Bgm. Manfred Böhmwalder (Top 2+3)